

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidentiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illust. Beilage Post und Zeit für einen Monat einschließlich Zeitungslohn 150 G. Pfa., für Selbstabholer 140 G. Pfa. — Durch die Post 2 G. M. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G. Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. Postfachkonto Nr. 53377	Redaktion: Leipzig, Tauschstr. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauschstr. 19/21 — Telephon 24506	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G. Pfa., bei Blankverschrift 35 G. Pfa., Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelle 15 G. Pfa., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 35 G. Pfa., bei Blankverschr. 40 G. Pfa., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die deutsche Antwort überreicht.

Annahme.

II. London, 16. August. Man hat den Eindruck, als ob es den Deutschen gelungen ist, mehrere Erweiterungen an den Vorschlägen Herriots zu erzielen. Sie gehen vermutlich dahin, Deutschland davon zu überzeugen, daß es Herriot erst ist, die Räumung zu vollziehen, aber auch das Jahr nicht voll auszunutzen. Da Macdonald sich gestern halbwegs von der deutschen Delegation verabschiedet hat, um in der Nacht nach Schottland zu fahren, besteht hier der Eindruck, daß die Einigung so gut wie vollzogen ist.

SW. Paris, 16. August. (Radio.) Nach den zum Teil sich widersprechenden Meldungen der französischen Presse scheint in der zweistündigen Besprechung, die am Freitag abend von 8 bis 10 Uhr zwischen Marx und Stresemann und Herriot bzw. deren Mitarbeiter stattgefunden hat, eine prinzipielle Einigung auf folgender Grundlage zustande gekommen zu sein: Die deutsche Regierung befreit sich darauf, von dem französisch-belgischen Vorschlag, das Ruhrgebiet nach Ablauf eines Jahres zu räumen, Kenntnis zu nehmen. Dieser Vorschlag wird nun in einer Note der Regierungen von Frankreich und Belgien mitgeteilt. Die Einzelheiten dieser Note werden im Laufe der Sonnabendbesprechungen festgelegt. Die Zugeständnisse, die die deutsche Delegation bei der Besprechung am Freitagabend zu erhalten vermocht hat, sollen folgende sein: 1. Die Räumung der seit Januar 1923 auf dem rechten Rheinufer außerhalb des Ruhrgebietes bestehenden Zone, d. h. der Bezirke Hagen bzw. Bahnhofsanlagen Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Darmstadt, Emmrich und Wesel. 2. Die Räumung der Zone von Dortmund nach Kratzenberg der Londoner Beschlüsse. 3. Die Räumung von Ruhrort und die bestimmte Zustimmung der Räumung der beiden anderen Ruhrhäfen von Duisburg und Düsseldorf.

Sehr große Schwierigkeiten scheint am Freitagabend die Frage bereitet zu haben, wie Verfahren werden soll bei der Befreiung dieser Bestimmungen. So habe sich Herriot einstweilen geweigert, in die Note, durch die Deutschland die Räumung des Ruhrgebietes offiziell mitgeteilt werden soll, das Versprechen der sofortigen Räumung der Zone von Dortmund aufzunehmen. Herriot habe dies in der Unterredung mit Marx und Stresemann auf das entschiedenste abgelehnt. Er habe an das von ihm gegebene Versprechen erinnert, nach Unterzeichnung der Abmachungen eine Geste der Großzügigkeit zu machen und erklärt, er werde dies Versprechen einhalten, wünsche aber andererseits, in voller Freiheit aus eigener Initiative zu handeln.

III. London, 15. August. Der amtliche englische Funddienst meldet, daß Reichsminister Marx und Reichsaußenminister Stresemann, als sie heute in Downingstreet vortraten, dem britischen Premierminister ein Schriftstück mit der deutschen Antwort auf die französisch-belgischen Vorschläge hinsichtlich der Frage der Räumung des Ruhrgebietes übergeben. Ueber den Inhalt des Schreibens ist nichts bekannt. Es verkundet, daß die Antwort von beträchtlicher Länge sei.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Delegationen über die militärische Räumung wurden heute abend beendet aufgenommen. Es wurde folgendes Kommuniqué verbreitet: Zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Regierung hat heute eine Unterredung stattgefunden, die ein positives Ergebnis erworden läßt.

II. London, 16. August. Heute früh findet 1/11 Uhr eine Zusammenkunft der alliierten Delegationen statt. Um 11 Uhr treten die französischen und belgischen und die deutschen Bevollmächtigten zusammen, um noch die verschiedenen in der Schwere befindlichen Probleme des Verhandlungsprogramms der Konferenz zu regeln. Um 3 Uhr erfolgt laut Haus eine Plenarsitzung der deutschen und alliierten Delegationen. Um 6 Uhr wird eventuell eine Plenarsitzung der internationalen Konferenz stattfinden. Die Unterzeichnung des Schlussprotokolls würde in diesem Falle noch am Sonnabend vorgenommen werden können. Falls keine vorhergesehenen Schwierigkeiten aufstehen, dürfte die internationale Schlussitzung am Montag stattfinden.

Trotz des beharrlichen Schweigens der amtlichen Stellen darf es wohl als feststehend angesehen werden, daß die Reichsregierung der deutschen Delegation in London den Auftrag erteilt hat, dem Räumungsplan Herriots unter bestimmten Vorbehalten zuzustimmen. Die Besatzungstruppen werden weiter im Ruhrgebiet verbleiben und erst nach Ablauf eines Jahres zurückgezogen werden, wenn nicht Deutschlands Erfüllungswille zu einer weiteren geistigen Umwälzung in Frankreich führt und eine freiwillige Räumung des Ruhrgebietes vor Ablauf der vorgesehene Fristen veranlaßt, wie die prominente sozialistische und linksdemokratische französische Politiker neuerdings in Aussicht stellen.

Die Ergebnisse der Londoner Konferenz, soweit man sie jetzt bereits überblicken kann, berechtigten kaum zu übertrieben optimistischen Ansichten. Das Reparationsproblem wird auch mit dem Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens nur zur Hälfte gelöst sein und von einer wahren Befriedung der kapitalistischen Welt wird solange keine Rede sein können, als das interalliierte Schuldenproblem nicht gelöst ist und es das wirtschaftliche Gleichgewicht Frankreichs fört. Weiteren Verwicklungen der Boden also noch nicht entzogen.

Ein positives Ergebnis ist freilich zu suchen, das vor allem für die Entlastung der deutschen Wirtschaft zu bedauern ist, die heute un-

grenzung der deutschen Verpflichtungen, basiert auf der Erhaltung der Währungsstabilität und der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, — ein Ergebnis, das das Wirtschaften mit festen Größen erlaubt und positive Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglicht. Insofern ist — wir haben das zur Genüge betont — die Annahme der Dawes-Gutachten der einzig mögliche außenpolitische Ausweg.

Es wäre jedoch ein Unding, wollte man aus der Anerkennung dieser Tatsache die Forderung ableiten, die Sozialdemokratie müsse die Gesetze zur Durchführung der Sachverständigenvorschläge bedingungslos schließen. Gerade die Verlängerung der Besatzungsfrist gibt den Rechtsparteien die willkommene Gelegenheit, ihren Druck auf die Regierung zu verstärken, sich noch unzugänglicher zu stellen als bisher und Forderungen auf Forderungen zu häufen in der Auffassung, daß die Sozialdemokratie in der Frage der Annahme der Sachverständigengutachten gebunden ist und nicht mehr zurück kann. In diesem Augenblick wird mit aller Entschiedenheit betont werden müssen, daß nicht nur die Reaktion, sondern daß auch die Sozialdemokratie „unverzichtbare Vorbehalte“ zu machen und durchzusetzen versteht.

Die gestrigen Beratungen.

SW. Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In Erwartung der deutschen Antwort sind die alliierten Ministerpräsidenten in London am Freitag, vormittags um 10.30 Uhr, zu einer Sitzung zusammengetreten. Bei der Beratung, zu der die in allen Konferenzkreisen als sehr gespannt angesehene Lage Anlaß gab, ist es zu einem schärfen englisch-französischen Zwischenfall gekommen. Nach der Liberté soll es Macdonald, nach dem Temps Snowden gewesen sein, der an Herriot die Frage gestellt habe, ob die französische Delegation nicht eine Verkürzung der von ihr für die Räumung des Ruhrgebietes verlangten Frist von einem Jahre eintreten lassen könnte, in Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Delegation gegenüber ihrer Regierung in dieser Frage durch Prestige-Engagements gebunden sei und andererseits ein Scheitern der Konferenz die verhängnisvollsten Folgen für ganz Europa haben müsse. Da man über das Prinzip der Räumung einig sei, warum wolle die französische Regierung nicht eine großzügige Geste machen, durch die alle Schwierigkeiten überwunden würden. Herriot soll darauf in großer Erregung geantwortet haben, daß er nur ein Wort habe; er habe loyal seine Politik auseinandergesetzt und er müsse sich auf das entscheidendste weigern, daran rütteln zu lassen. Er könne auch niemand das Recht ausstrecken, Frankreich Großmut zu empfehlen. Wenn Frankreich die Stunde gekommen hätte, eine Geste der Großzügigkeit zu machen, so würde er es tun, ohne einen Anstoß von dritter Seite abzuwarten. Er müsse es unter diesen Umständen auf das entschiedenste ablehnen, den englischen Vorschlag zu lassen.

Wie der Temps mitteilt, soll die von Macdonald am Donnerstag gegen die deutsche Delegation eingenommene Haltung in den politischen Kreisen scharfe Kritik gefunden haben. Mehrere englische Politiker hätten versucht, ihre guten Dienste für eine Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschlands anzubieten, seien aber bei den Franzosen auf die schärfste Ablehnung gestoßen. Der Sonderkorrespondent des Blattes glaubt, daß die Antwort, die die deutsche Delegation von Berlin erwartet, diese aller Voraussetzungen nach ermächtigen werde, die französischen Räumungsbedingungen unter gewissen Vorbehalten anzunehmen. Es werde abzuwarten bleiben, ob die deutsche Delegation die französische Haltung in der Räumungsfrage zum Vorwand nehmen werde, um neuerdings zu behaupten, daß ihr die Unterstützung unter das Protokoll der Londoner Konferenz abgewungen sei und ob sie eine Vergeltung für ihren Mißerfolg durch Unnachgiebigkeit in den weiteren, noch ungelösten Fragen des Konferenzprogramms, der Lieferung von Rohstoffen, sowie der Frage der Verpflegungen, zu nehmen versuchen werde.

Die deutsche Delegation hat gegen drei Uhr nachmittags ein sehr langes Telegramm aus Berlin erhalten. Davon meldet, daß diese Antwort die Annahme der einjährigen Räumungsfrist von Zugeständnissen in bezug auf die vorzeitige Räumung einzelner Zonen, wie der von Dortmund, abhängig machen werde.

Von den Blättern tritt am Freitagabend nur der Paris soir entschieden für die rasche Räumung des Ruhrgebietes ein, da die Aufrechterhaltung der Besatzung eine Fortsetzung der Politik Poincarés bedeuten würde. Der Temps, der für die Entwicklung der Dinge in London schon am Donnerstag der französischen Delegation die Schuld beigemessen hat, weil sie, statt die Debatte ausschließlich auf wirtschaftlichem und sanitärem Gebiete zu führen, sich auf das politische Gebiet der Sanktionen und der Ruhräumung verlegt habe, zitiert am Freitagabend eine Reihe sozialdemokratischer und demokratischer Pressestimmen aus Deutschland als Beweis dafür, daß es sich bei der Forderung nach unverzüglicher Räumung des Ruhrgebietes keineswegs um das Werk einer nationalistischen Propaganda handle. Das Blatt glaubt jedoch, die Haltung der französischen Delegation mit dem Hinweis darauf rechtfertigen zu können, daß Frankreich ein Recht habe, diesmal skeptisch zu sein, bis es für die Durchführung des Dawes-Planes Garantien in der Hand habe, nachdem die Versprechungen, die es im Friedensvertrage und im Londoner Zahlungsplan erhalten habe, nicht erfüllt worden seien.

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten.

II. Berlin, 15. August. Wie die Telegraphen-Aktion erklärt, haben heute morgen bei dem Reichspräsidenten Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Führern der politischen Parteien des Reichstages begonnen, die sich, wie man wohl annehmen kann, ausschließlich um die Frage der Londoner Konferenz drehen.

Aus den letzten Wochen des Weltkriegs.

Von Gerhart Seger, Berlin.

Bei der deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, ist die zweite Auflage eines sehr wichtigen, seit längerer Zeit vergriffenen Altenerkes erschienen: „Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918.“ Gegenüber der ersten Auflage ist die Urkundenansammlung jetzt um 41 neu aufgenommene Altenerstücke vermehrt worden, außerdem hat man eine übersichtliche Zeittafel und ein chronologisch geordnetes Verzeichnis der Akten angefügt. Die neu aufgenommenen Stücke sind für die Vollständigkeit des geschichtlichen Bildes von den letzten Wochen des Weltkrieges zum Teil außerordentlich wichtig. Bevor sie hier besprochen werden, sei eine kurze Bemerkung über den Preis des Werkes erlaubt.

Die Handausgabe, auf möglichem Papier gedruckt und in einen einfachen steifen Kartonumfang gebunden, kostet 15 Mark. Wenn man bedenkt, daß es sich um eine von Behörden im amtlichen Auftrag herausgegebene Arbeit handelt, wenn man dazu den Umfang (290 Seiten) und die Ausstattung mit guten wissenschaftlichen Werken vergleicht, so ist der Preis viel zu hoch. Er ist durch das Buch selbst nicht berechtigt; aber er hat eine — wahrscheinlich von den Behörden selbst beabsichtigte — bedeutliche politische Wirkung: der Kreis der Personen, die sich das Buch kaufen können, ist klein. Durch solche Preise wird verhindert, daß die altenermäßige Wahrheit in die breitesten Massen der Bevölkerung dringt; die geschichtliche Wahrheit über die wichtigsten Wochen des ganzen Weltkrieges wird so zu einem Luxusgegenstand für eine kleine Oberschicht, statt zum Gemeindegut des ganzen deutschen Volkes. Warum stellt man nicht eine so billige Ausgabe her, wie es etwa die Reklamausgabe der Reden Wilhelms II. ist?

Was bei dem Durcharbeiten der Akten zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes immer wieder auffällt, ist die Tatsache, daß der Begriff „Dolchstoß“ durchaus eine Nachkriegserfindung ist. In der Aktenansammlung sind eine ganze Anzahl Protokolle von gemeinsamen Sitzungen des Reichskabinetts mit Vertretern der Obersten Heeresleitung enthalten, bei denen meist Ludendorff zugegen war. Immer wieder ist in diesen Sitzungen den Militärs die Frage nach den Ursachen für die schlechte militärische Lage gestellt worden, viele und verschiedene Antworten haben sie gegeben — das Wort Dolchstoß oder der anders formulierte Inhalt des Begriffes kommen überhaupt nicht vor. Selbst die wenigen Stellen, wo von dem „Geist der Heimat“ und von der „Stimmung“ die Rede ist, lassen erkennen, daß man diese Dinge auch an militärisch leitender Stelle nicht als die allein entscheidenden ansah, sondern bestenfalls neben den viel schwerer wiegenden Tatsachen des Menschen- und Materialmangels erwähnte. Ludendorff, der heute die Vorgänge ganz anders darstellt, als er sie im Augenblick des Erlebens festgegeben und beurteilt hat, ist durch seine in den Akten festliegenden Äußerungen ein Kronzeuge gegen die immer wiederkehrende Behauptung, als sei das Heer nur durch systematische, aus der Heimat kommende Hege verborben worden. In der großen Kabinettsitzung vom 17. Oktober erklärte Ludendorff z. B. wörtlich:

„Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Erzellenz Scheuch hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angefügt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Waas. Das ist Stimmungsmache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hat Grippe gehabt, es fehlten ihr Karrioffeln.“

Eine Grippeepidemie und der Mangel an Nahrung haben aber nicht nur im Felde, sondern auch in der Heimat viel entscheidender auf die Stimmung gewirkt als alle „Hege“, die doch in wesentlichen nur in der Verbreitung der von oben her verschwiegenen Wahrheit bestand. Nur weil die Stimmung bis in das Jahr 1918 hinein durch offizielle Lügen künstlich erzeugt worden war, konnte sie so schnell umschlagen!

Aber die Stimmung war, wie gesagt, nicht einmal das Entscheidende, sondern der Menschen- und Materialmangel. Unter den neuen Akten befindet sich eine Verfügung, gezeichnet Ludendorff, an die Heeresgruppen, die zum „Auskämmen“ der Offiziere bei den Stäben auffordert:

„Bei den starken, nicht zu ersehenden Abgängen an der Front ist es jetzt an der Zeit, daß die Stäbe ihre bewährten Mitarbeiter herausgeben und der Front als Kompanie- und Bataillonführer zufließen. Es wird es möglich sein, in händigem Wechsel einen Austausch zwischen Front und Stäben eintreten zu lassen. Die Truppe erhält dadurch körperlich anogehäufte (!) energiegeladene Offiziere mit unversehrten Nerven (!) und stellt dafür der Erholung bedürftige Offiziere mit reicher Frontenerfahrung den Stäben zur Verfügung.“

Wie es dagegen beim Gegner ausah, wird in einem anderen neuen Akt, einer geheimen Niederschrift aus dem Großen Hauptquartier, über die Lage angegeben:

„Der Feind wird zweifellos seine Angriffe in diesem Herbst noch fortsetzen. Der Zustrom amerikanischer Kräfte und die Massenerneuerung von Truppen geben ihm die Möglichkeit hierzu.“